

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheinungswöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM., frei
ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Die Spangenberg Zeitung ist
"Der deutsche Alltags", "Praktisches Wissen für alle", "Unterhaltungsbelle".
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Telegraphische Nr. 37



Telegr. Abz.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig.
Verständliche und Vereinfachte-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-
preis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 46 mm Spaltenbreite 12 Reichs-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar
1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis
9 Uhr vormittags.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Münzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Münzer Spangenberg

Nr. 19

Dienstag, den 13. Februar 1934

27. Jahrgang.

Generalstreik in Wien und Paris

Blutiger Aufruhr der Austromarkisten in Linz — Verhängung des Standrechts

Wien — Paris

Die österreichische Bundesregierung unter Dollfuß hat ihre Politik nach innen wie nach außen ganz auf Paris abgestellt. Sie verweigert je länger je mehr die Blutsbande, die das österreichische und deutsche Volk miteinander verbinden und sieht ihre außenpolitische Aufgabe darin, die Grenze gegen Deutschland so scharf wie möglich abzusperren. Es wird einer späteren Untersuchung vorbehalten bleiben müssen, die Gründe dieses Verhaltens offenzulegen. Eines steht fest, heute schon sicher fest, daß es nicht zuletzt parteipolitische Gesichtspunkte, Fragen des Machtstrebens sind, die die unnatürliche Kampfstellung der österreichischen Bundesregierung gegen alles Nationaldeutsche veranlaßt haben.

Der Kampf der Dollfuß-Regierung gegen den Nationalsozialismus konnte in der bisherigen Form nur geführt werden mit der Unterstützung Frankreichs und des österreichischen Marxismus. Diese Tatsache muß ausdrücklich festgestellt werden in dem Augenblick, wo sowohl Wien wie Paris durch den Marxismus in unerwartete Schwierigkeiten geraten sind. Nach den blutigen Unruhetagen in Paris, die herorgingen aus den Folgen unangenehmer Korruption unter einem verfallenen parlamentarischen System, steht der französische Marxismus offenbar seine Zeit gekommen, um durch Erklärung des Generalstreiks die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Dingen abzulenken und die Waffen der Arbeiter für eine falsche Parole zu gewinnen.

Es ist ein eigenartiger Zufall, daß an dem gleichen Tage, da die französische Regierung unter dem Terror der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Organisationen eine neue Krisenentwicklung durchmacht, auch die Dollfuß-Regierung sich gegen den Terror des Austro-Markismus zur Wehr setzen muß. Mit welcher Schadenfreude hatte dieser Kampf der Dollfuß-Regierung gegen den Nationalsozialismus verfolgt und sie zu härtestem Vorgehen gegen die „Hilflosen“ ermuntert. Jetzt, wo die marxistischen Unruhestifter zu der Überzeugung gekommen sind, daß unter den Wirkungen der Dollfußschen Terrormaßnahmen gegen die Nationalsozialisten diese ihre Schlagkraft durch Zerlegung ihrer Organisation und Festlegung ihrer Führer eingebüßt hat und damit der unerbittliche Gegner des Marxismus beseitigt worden ist, geht dieser selbe Marxismus mit bewaffneter Gewalt gegen die Dollfuß-Regierung vor in der Hoffnung, sich nunmehr zum Diktator in Österreich machen zu können. Das, was von nationalsozialistischer Seite schon seit Jahr und Tag erklärt worden ist, daß nämlich der Kurs der Christlich-Sozialen bewußt oder unbewußt der Marxisten-Regierung die Wege bereitet, stünde heute vor der Vollendung, wenn nicht in letzter Stunde die nationalen Kräfte in Polizei, Heer und Heimwehr die Umsturzbahnen des Austro-Markismus zum Scheitern brächten. Es ist leider eine Tatsache, daß die Dollfuß-Regierung bisher die österreichischen Marxisten nicht nur gelockt sondern geradezu liebesoll behandelt hat, weil sie hoffte, sie in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus zur Seite zu haben. Und diese Erwartung stimmt natürlich bis auf den einen Punkt, den Herr Dollfuß offenbar nicht beachtet hatte, nämlich den des Machtstrebens dieses Marxismus.

Es ist zunächst gleichgültig, welche Entwicklung die Dinge in Österreich nehmen, sie zeigen auf jeden Fall, daß der Marxismus in allen Ländern sich als Gegner der nationalen Idee betätigt. Die Tatsache, daß die Umsturzbahnen der österreichischen Sozialdemokraten in dem Augenblick vorbereitet wurde, da Dollfuß in Budapest mit den Vertretern des ungarischen Nationalismus verhandelte, ist für die Einstellung dieser roten Gesellschaft genau so bezeichnend wie der Umstand, daß man sich innerhalb der Dollfuß-Regierung zu einem Vorgehen gegen den österreichischen Marxismus entschloß, als der „Chef des Hauses“ abwesend war.

Die Vorgänge in Paris und Wien haben nicht nur örtliche Bedeutung. Sie zeigen, daß die Kräfte über den Parlamentarismus hereingebrochen ist, nachdem durch seine Verfestigung in Deutschland durch den Nationalsozialismus die Wälder mehr und mehr von der Erkenntnis seiner Unfähigkeit und Unheilbarkeit erfüllt werden. Mit dem Parlamentarismus, wie wir ihn im Verlauf der letzten Jahrzehnte erlebt haben, wucherte eine Clique- und Interessenwirtschaft auf, die jedes klare Ziel, jede ehrliche Arbeit und jeden festen Willen zum Erliegen brachte. In dem Schatten des Parlamentarismus und der Parteienwirtschaft ließen sich politische und wirtschaftliche Geschäfte abwickeln, deren Kosten das Volk bezahlte, und deren Auswirkung den Staat unterhöhlte.

Christliche Politik kann nur von ehrlichen Männern auf nationaler Grundlage, niemals aber auf dem Boden irgendwelchen Internationalismus getrieben werden. Die Vorgänge in Frankreich haben erst einen Teil jener Korruption aufgedeckt, die in dem Sumpf des dort noch herrschenden Systems sich entwickeln konnten. Und was wir heute in Österreich erleben, ist das hervorleuchtende Zeichen einer zusammenbrechenden Macht, die schon seit Monaten auf tönernen Füßen stand. Nach jeder Staat wurde an den Abgrund geführt, der sich an den Marxismus verkaufte, der die gefunden und unwürdigen Kräfte nation-

alen Volksempfindens mißachtete, mißhandelte und niederzuzwingen verfuhr. Mag heute Dollfuß sich noch als Sieger erklären, seinen Lohn für seinen Kampf gegen das nationale Österreich wird er trotz allem erhalten.

Aufruhr in Österreich

Blutige Kämpfe in Linz — Generalstreik in Wien

Am Montag hat die überaus gespannte Lage in Österreich zu außerordentlichem ersten Anruhen geführt, die in Linz ihren Ausgang nahmen. Als die Bundespolizei das Parteihaus der Sozialdemokraten besetzen wollte, leistete ein starkes Aufgebot von Schuhbündlern bewaffneten Widerstand. Die Polizeibeamten zogen sich zurück, gingen, nachdem Verstärkung eingetroffen war, wiederum vor und verlangten erneut die Herausgabe der Waffen und die Räumung. Aus dem Parteihaus wurde abermals als Antwort auf die Polizei gefeuert. Die Polizei schritt nun zusammen mit militärischer Verstärkung zum Sturm auf das Parteihaus.

Militär hat schließlich nach heftigem Kampf das sozialdemokratische Parteihaus, das Hotel „Schiff“, im Sturm genommen. Angeblich sollen bisher 15 Tote festgestellt worden sein.

Von den Sozialdemokraten waren Handgranaten auf die Polizei geworfen worden, worauf das Militär Maschinengewehre in Stellung brachte und die Fenster zertrümmerte. Ferner hatte die Polizei die Fenster der vom Parteihaus gegenüberliegenden Häuserreihe besetzt und von dort aus das Feuer auf das Parteihaus eröffnet.

Der Kampf mit den sozialistischen Schuhbündlern nahm schließlich immer größere Ausdehnung an. In verschiedenen Stadtteilen lief heftige Straßenkämpfe ausgebrochen.

Eine Polizeimache im Innern der Stadt wurde von den roten Schuhbündlern mit Maschinengewehren überfallen, jedoch nach längerem Kampf von Heimwehr und Polizisten wieder zurückgenommen. Ferner soll mittags ein Feuergefecht auf dem oberhalb der Stadt gelegenen Freien Berge stattgefunden haben, wo sich die Sozialdemokraten im Laufe der Nacht verschanzt hatten.

Der Proteststreik in Wien

Ein allgemeiner Proteststreik der Wiener Arbeiterchaft ist Montagmorgen ausgebrochen. In den Betrieben erschienen kurz vor 12 Uhr die sozialdemokratischen Betriebsräte und teilten den Arbeitgebern mit, daß die Arbeiterchaft einer allgemeinen Streikparade folgend, die Arbeit um 12 Uhr mittags niederlegen werde. Der gesamte Wiener Straßenbahnverkehr ist damit um Punkt 12 Uhr zum Stillstand gekommen. Die Elektrizitäts- und Gaswerke sind gleichfalls in den Proteststreik eingetreten. Punkt 12 Uhr letzte gleichfalls der elektrische Strom in der ganzen Stadt aus.

Die Polizeidirektion hat eigene Strommaschinen für den telegraphischen und telephonischen Polizeidienst in Kraft gesetzt. Es handelt sich um einen Proteststreik der Arbeiterchaft wegen der Vorgänge in Linz. In dem lokalen Telefonverkehr sind gleichfalls Störungen infolge der Ausschaltung des elektrischen Stromes eingetreten.

Der Leiter des Sicherheitswesens, Vizestadtsekretär, erstattete dem Bundeskanzler Bericht über die von der Arbeiterchaft erlassene Streikparade. Polizei und Sicherheitsbehörden befinden sich im Alarmzustand. Die öffentlichen Gebäude sind von der Polizei besetzt worden. Bei einzelnen Zeitungen streifen die Scher. Durch die Straßen ziehen Abteilungen des Bundesheeres in feldmarschmäßiger Ausrüstung.

Infolge des Generalstreiks sind in der Stadt Anruhen ausgebrochen, die bereits ein Todesopfer gefordert haben. Ein Polizei-Injektor, der einem bewaffneten Demonstrationszug entgegengetrat, wurde von einem Demonstranten mit dem Karabiner erschossen.

Wien und Linz unter Standrecht

Über Linz ist das Standrecht verhängt worden. Bäder und Restaurants sind geschlossen. Aus der Umgebung soll ein starker Zug von roten Elementen im Gange sein. Vor dem sozialistischen Parteihaus waren zwei Alpenjägerkompanien mit Maschinengewehren eingesetzt worden, die aus Dachböden und Lufen heraus das Haus beschossen und den verschanzten Sozialdemokraten mit Handgranaten zu Leibe rückten. Im Parteihaus waren vier Polizeibeamte von den Sozialdemokraten als Geiseln gefangengehalten worden.

In der Umgebung von Linz ist es gleichfalls zu größeren sozialistischen Demonstrationen gekommen; die Polizei sah sich gezwungen, militärische Hilfe anzufordern.

Die Niederwerfung der Gewalttaten gegen die amtlichen Organe, so heißt es einer amtlichen Meldung nach, sei im Gange. In Wien hätten Teile der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke die Ar-

beit niedergelegt. Deshalb sei auch in Wien das Standrecht verhängt worden. Die Bundesregierung habe unter Bereitstellung des gesamten Nachtapparates alle Maßnahmen getroffen, um die planmäßigen verbrecherischen Anschläge bolschewistischer Elemente im Keime zu ersticken. Die gesamte Arbeiterchaft wird aufgefordert, so heißt es in der amtlichen Mitteilung weiter, ihre Arbeit unbeeinträchtigt von verbrecherischen Hebern fortzusetzen.

In ganz Oberösterreich wurde die Bekanntmachung des Sicherheitsdirektors im Einverständnis mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts in Wien als Vorliegen des Standrechts über die Verhängung des Belagerungszustandes mitgeteilt. Darin heißt es, daß sich jeder Mann von aufrührerischen Zusammenrottungen, allen Aufreizungen hierzu und aller Teilnahme daran zu enthalten und den zur Unterdrückung für diese Verbrechen ergebenden Anordnungen zu folgen habe, widrigenfalls jeder, der sich nach der Bekanntmachung dieser Verbrechen schuldig macht, standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft würde. In der Bekanntmachung wird weiter angeordnet, daß die Häuser aller Gebäude im ganzen Lande um 19 Uhr zu schließen und die öffentlichen Gast- und Speisestätten zur gleichen Stunde von den Gästen geräumt und geschlossen sein müssen. Annäherungen und Gruppenbildungen auf der Straße werden verboten.

Die Sozialdemokraten drohen

Die Sozialdemokratische Partei hat einen Aufruf an das österreichische Volk erlassen, der durch Flugzettel in ganz Österreich verbreitet worden ist. In diesem Aufruf heißt es, Vizestadtsekretär Fey rede von einer Verdrängung des Republikanismus durch das gegen die Sicherheit des Staates, um sich damit den Vorwand für einen entscheidenden Schlag gegen das Wiener Rathaus und gegen die Sozialdemokratische Partei zu schaffen. Herr Fey, der die Arbeiterchaft bis auf das Blut reize, wage es, von einem verbrecherischen Anschlag bolschewistischer Elemente gegen die Bevölkerung zu reden. Die Wahrheit sei, daß die Sozialdemokratie niemanden, weder Bürger noch Bauern, angreife. Sie halte sich aber zum Kampfe mit der Waffe für den Fall bereit, falls Faschisten es wagen sollten, die beschworene Verfassung der Republik zu vernichten zu wollen. Wenn der Eid und die Verfassung gebrochen würden und die Freiheit in Gefahr geriete, dann werde die Arbeiterchaft zu den Waffen greifen.

Verbot der Partei?

Im Kriegsministerium trat ein außerordentliches Ministerrat unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers zusammen, von dem man entscheidende Beschlüsse erwartet. Die Regierung soll eine großangelegte Aktion gegen das Wiener Rathaus, die Hochburg und das Symbol des österreichischen Marxismus vorbereiten. Man erwartet allgemein, daß die Regierung jetzt zum Verbot oder zur Auflösung der sozialdemokratischen Partei schreitet, das Wiener Rathaus besetzt und damit die Zentralfstelle der sozialdemokratischen Partei in Österreich ausheben wird.

Am frühen Nachmittag wurde in Wien die sozialdemokratische Parteizentrale im 6. Gemeindebezirk, in der sich auch die Schriftleitung der „Arbeiterzeitung“ befindet, von starken Polizeibeamtungen mit aufgepflanztem Bajonett besetzt. Auch das Bezirksarbeiterheim und das Verbandshaus der Krankenkassen haben polizeiliche Besatzung erhalten. Alle öffentlichen Gebäude in Wien sind von dichten Polizeiketten umstellt.

Wiener Rathaus besetzt

Das Wiener Rathaus ist von einem größeren Aufgebot von Truppen, Polizei und Gendarmen besetzt worden, ohne daß von sozialistischer Seite ernsthaft Widerstand geleistet wurde. Hierbei ist eine Reihe von sozialdemokratischen Beamten, die nach einer amtlichen Erklärung in offenkundigem Zusammenhang mit den gegenwärtigen Gewalttätigkeiten standen, verhaftet worden. Ebenso ist der Bezirksgemeinderat der Stadt Wien, Emmerling, der Leiter der gesamten städtischen Betriebe, in den Abendstunden verhaftet worden.

Einsatz von Artillerie in Linz

Der Sicherheitsdirektor von Oberösterreich erläßt eine amtliche Mitteilung, nach der bei dem Sturm auf das Parteihaus in Linz 40 Personen gefangengenommen und Maschinengewehre sowie Sprengkörper beschlagnahmt wurden. Die sozialdemokratische Besatzung des Rathauses ergab sich auf die Drohung der Einschaltung von Artillerie hin. Ein rasch aufeinanderfolgender Widerstand an verschiedenen Stellen wurde mit Gewalt gebrochen. Gegen eine Schule, die zur Zeit noch von Sozialdemokraten besetzt ist, ist eine größere Aktion im Gange, bei der Artillerie eingesetzt worden ist. An einzelnen Punkten sind Zusammenrottungen noch im Gange. Trotz der starken Ausbreitung der Bewegung ist Militär und Polizei noch wie vor Herr der Lage. Sie konnten bisher den Widerstand brechen.

Eine weitere amtliche Mitteilung aus Linz besagt, daß der Widerstand der Sozialdemokraten jetzt im großen Maß zusammengebrochen anzuhaben werden könne. Jedoch wird

Die Debatte geht lange hin und her, schließlich bewilligt man die Summe und erklärt sich bereit, über die genannte Summe einen Scheck auszufahren. So, jetzt können Sie ruhig wieder zu Ihrem Freund gehen, ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß Sie unter polizeilicher Bewachung stehen und vor mir am nachmittags nicht über die Grenze dürfen. Dann, Graf Jiska verläßt großlos den Raum und überlegt, was gegen diese Ueberrumpelung zu thun ist, findet aber keinen Ausweg. Entsetzen? Man würde ihn sofort verhaften. Und dann wäre er nicht nur das Geld los, es käme dazu die gerichtliche Belangung.

10

Die polizeiliche Vorbeugungshand und auch unsere neuen Maßnahmen treffen nur Berufsverbrecher. Darunter verstehen wir solche zu wiederholten Malen wegen einer an Gewinnlucht begangener Straftat mit Freiheitsstrafe verurteilten Personen, von denen der Kriminalpolizei einwandfrei bekannt ist, daß sie ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder zum größten Teile aus dem Erlöse von Straftaten ziehen. Das gewerbsmäßige Verbrechertum wollen wir treffen. Allerdings werden sich einzelne Verbotse und oeen

Der Landrat.

Die Frau im neuen Reich

Grundrissliche Feststellungen des Reichsministers Dr. Goebbels.

Der Frauenkunde in der Sportpalast folgte eine Umschau über die Frau im neuen Reich. Der Reichsminister Dr. Goebbels, der die Veranstaltung leitete, sprach über die Aufgaben der Frau im neuen Reich.

Die nationalsozialistische Bewegung ist eine Bewegung der Frau. Sie hat in ihrem Kampf auch die Aufgaben eines neuen Männerturns in Deutschland wieder zu stellen gebracht. Sie hat einen Männerturn des Herosismus und der Weiblichkeit, der eine große Sache hingetragen. Die Herausstellung dieses Männerturns war um so notwendiger, als das gesamte öffentliche Leben zu der Zeit, als wir zu arbeiten begannen, einen anderen Charakter trug.

Wenn der Mann dem Leben die großen Ecken gebe, so ist es Aufgabe der Frau, diese Ecken und Formgebung mit in der Welt zu setzen. Die Frau ist die Hüterin der Moral, die die inneren Werte, die die Grundlage des Lebens sind, zu erhalten. So ist die Frau die Hüterin der Moral, die die inneren Werte, die die Grundlage des Lebens sind, zu erhalten.

In ihr, so fuhr Minister Dr. Goebbels fort, ist die Lebenskraft. Eine weitere Folgerung aus dieser Zielsetzung ist, daß die Frau als unteilbares Gebilde auch die Aufgabe hat, das kommende Geschlecht zu bilden. Sie braucht ihr eigenes Leben, um die Gestaltung des Lebens unseres Volkes nicht zu beugen, denn sie hat ja in der Urquelle die Möglichkeit, diesen Einfluß geltend zu machen, dort, wo das Volk entsteht, wo diese unteilbare Substanz eines Volkes am bestmöglichen und einprägnantesten ist und wo sie deshalb auch die beste Gelegenheit hat, ihre Sinnes- und Denkfähigkeit, ihr Gefühl dem Volk von vornherein mit auf den Weg zu geben. Es gebührt ihr darum auch das Recht der Erziehung, und zwar in den Jahren, in denen eigentlich der Grund zu der Erziehung gelegt wird.

Da die nationalsozialistische Bewegung noch nicht genügend Zeit gehabt hat, auf dem Gebiete des Frauenlebens eine endgültige Lösung zu schaffen, hat es eine feindselige Gedankenwelt versucht, hier in die Bewegung einzugreifen. Alle die Einwürfe, die man früher von feindseliger Seite aus überlappenden Gründen vorbrachte, haben ein neues Gesicht angelegt und erscheinen heute in der eigenen Bewegung als nationalsozialistische. Hier sehe ich die unmittelbare Gefahr, und andererseits die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet so schnell wie möglich zu einer Lösung zu kommen.

Wir müssen uns auf das erbitterte gegen die Unterstellung verwahren, daß wir der Frau etwas vorenthalten wollten, was ihr eigentlich gehört, daß wir an sich der Frau feindselig gegenüberstünden, daß wir die Absicht hätten, die Frau überhaupt aus dem öffentlichen Leben und aus den Berufen herauszubringen und sie damit zu einem Leben zweiter Klasse zu degradieren. Wenn wir die Frau aus den Gebieten des öffentlichen Lebens ausschalten, so nicht, weil wir sie entbehren wollten, sondern weil wir ihre eigene Ehre zurückgeben möchten (Lebhafter Beifall). Denn wir leben nicht den Ansprüchen höherer Frauenehre darin, daß die Frau sich mit dem Mann auf männlichen Gebieten mißt, sondern darin, daß das große Gebilde des Frauenlebens in Idealform tritt zu dem des Männerlebens (erneuter Beifall). Das soll nun nicht belegen, daß wir die Frauen aus den Berufen drängen wollten. Das würde zu den katastrophalen menschlichen und politischen Folgen führen. Schon im Jahre 1932 hat der Führer zum Ausdruck gebracht, daß die Frau von jeder nicht nur die Geschlechts-, sondern auch die Arbeitsgenossin des Mannes ist.

Weitentlich ist dabei nur der Mut zu der Erkenntnis, daß die Arbeitsgebiete an sich sich verändert haben und daß deshalb auch der Frau heute ganz andere Arbeitsgebiete zugewiesen werden müssen. Wenn heute unmoderne, reaktionäre Menschen erklären, die Frau gehöre nicht in die

Darüber hinaus in die Welt und in die sozialen Fortschritte hinein, dann das ist ja auch früher nicht der Fall gewesen. So frönt die Bewusstseinsbildung an einem Fortschritt. Es hat eben früher Bären und soziale Fortschritte in diesem Sinne nicht gegeben. Ebenso gut könnte man ja den Mann von seinen Arbeitsplätzen verdrängen, an denen er früher nicht gefahren hat, weil es eben noch nicht gab.

Der vornehmste und höchste Beruf der Frau, so betont Minister Dr. Goebbels weiter, ist immer noch der der Frau und Mutter, und es würde das unabweisbare Ungeheuer sein, wenn wir uns je von diesem Standpunkt entfernen ließen.

Weiter legte Dr. Goebbels dar, daß der Mann der Frau im Berufsleben keinen Schuß leihen müsse. Nachdem wurde er sich immer weniger gegen die Männer, die der Frau feindselig und schändliche Vorurteile machen möchten, und die, obwohl sie selbst 20 bis 40 Zigaretten den Tag rauchen, in den Restaurants Plakate aufhängen: „Die deutsche Frau raucht nicht!“ Der Minister fuhr fort:

Ob eine deutsche Frau raucht, ist ihre Sache. Ich kann mir vorstellen, daß unter den Frauen der Grundgedanke durchdringt: Wir rauchen nicht (Lebhafter Zustimmung). Aber der Mann hat nicht das Recht, der Frau das vorzuschreiben. Mit demselben Recht könnte die Frau in den Restaurants die Stillruhezeit anhängen: der deutsche Mann trinkt nicht!

„Wir wissen sehr wohl, daß das Rauchen für die Frau noch gesundheitsschädlich ist als für den Mann, und deshalb im Interesse des Nachwuchses und der Volksgesundheit zweckmäßigerweise überhaupt unterbleibt. Aber es ist dann und meistens ohne Erfolg, dies der Frau in die Hand zu legen und demüthigend Weise in Restaurants und Cafés mitzuteilen. Es würde gewiß von größerem Erfolge sein, wenn der Mann im Sinne des Nichtrauchens der Frau im Rahmen der Familie auf sie einzuwirken versuchte.“

Ich sehe die erste Aufgabe unserer Frauenbewegung darin, ein Organisationsgefüge zu schaffen, in dem sich das Frauenleben entwickeln kann, und dann in ganz dem großen Rahmen Gebiete und Bereiche aufstellen, die der Frau gebühren und die sie sich niemals nehmen lassen darf. Frau gebühren und die sie sich niemals nehmen lassen darf.

Dann erst wird die Frauenbewegung ihre eigentliche Mission zu erfüllen beginnen, wenn der männliche Nationalsozialist sein Ideal in ihr sieht. Sie werden damit, hat die Lösung ungeheurer moderner Aufgaben gestellt. Hat die Frau erst wieder den Willen zur Familie, so wird auch die Möglichkeit zur Familie geschaffen werden. Und ist das der Fall, so wird die Frau auch wieder ihr eigenes Glück in der Familie und im Kind finden. Am Ende ist doch das Kind das Unterpfand der Unsterblichkeit unseres Volkes. (Langanhaltender stürmischer Beifall).

Hilfswert für Mutter und Kind

An der Kundgebung im Sportpalast nahmen wohl 25 000 Frauen teil. Parteigenossin Hildebrandt, die Leiterin der Frauenabteilung der SED, eröffnete die Kundgebung. Anschließend wies der stellvertretende Gauleiter Böhringer darauf hin, daß es nicht zuletzt der Mitarbeit der nationalsozialistischen Frauen zu verdanken sei, daß die Bewegung zur Machtergreifung gekommen ist. Nach der Machtergreifung wolle die SED die Frau wieder, mit ihrer ureigenen Zustimmung, auf ihren Aufgabenkreis beschränkt werden.

Mit herzlichem Beifall begrüßt, nahm dann der Stabsleiter der SED, Dr. Ley, das Wort zu einer für die künftige Frauenarbeit megalischen Rede. Wir wissen, so führte er u. a. aus, daß gerade in der nationalsozialistischen Frauenarbeit heute in den meisten Kreisen Verbitterung darüber besteht, daß ausgerechnet auf dem Gebiet der Frau heute noch die ganze Vielheit der Verbände vorhanden ist. (Lebhafter Beifall). Wir haben einen Führer, wohl aber 30 verschiedene Frauenverbände!

Die nationalsozialistische Bewegung hat in der Gegenwart nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Führung in der deutschen Frauenwelt zu verlangen.

Unter stürmischem Beifall teilte Dr. Ley dann mit, daß der Vertreter des Führers durch ihn den Parteigenossinnen Hildegard zum Leiter der nationalsozialistischen Frau-

enschaft ernannt hat, und daß diese Ernennung im nächsten Einvernehmen mit Reichsminister Dr. Ley erfolgt. Der neue Leiter der NS-Frauenabteilung, Hildegard, hat dann folgende Rede gehalten:

Wir haben die Absicht, nach Ablauf des Winterhalbes ein Hilfswort für die Mutter und das Kind zu leisten. Wir haben mit einer erheblichen Zunahme des öffentlichen Lebens zu rechnen. Deshalb wollen wir entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit sich hier die Schädigungen ergeben.

Wir Nationalsozialisten kennen uns um das Leben, werden deshalb auch zu der unheimlichen Mutter bringen, die ein Kind erwarbt und werden ihr helfen, obwohl wir uns das Recht anmaßen, sie abzurufen. Ich habe die Absicht, daß wir durch diese Tatkraft uns zu einem öffentlichen Leben bereichern, als wenn wir uns hinstellen und diese Mutter verächtlich machen.

Die Organisationen der Beamten

Die Beamtenschaft kein besonderer Stand.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, und sein Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, erklärten, daß die Beamtenschaft keine besondere Stellung hat. Die Beamtenschaft ist ein Teil des deutschen Volkes und hat die gleichen Pflichten und Rechte wie das deutsche Volk.

1. Die Zusammenfassung der Beamten als besonderer Stand im öffentlichen Leben des deutschen Volkes ist eine Eingliederung einzelner Beamtengruppen in den öffentlichen Leben. Die Beamtenschaft ist ein Teil des deutschen Volkes und hat die gleichen Pflichten und Rechte wie das deutsche Volk.

2. Der Reichsminister des Innern als der für die Beamtenschaft verantwortliche Minister ist für die Organisation der Beamtenschaft zuständig. Die Beamtenschaft ist ein Teil des deutschen Volkes und hat die gleichen Pflichten und Rechte wie das deutsche Volk.

3. Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen und der Reichsbund der Deutschen Beamten beruhen auf freiwilliger Mitgliedschaft. Ein Zwang oder Druck zum Beitritt zu einer dieser Organisationen darf nicht ausgeübt werden.

4. Grundsätzlich ist der Reichsbund der Deutschen Beamten die Einheitsorganisation für alle Beamten. Die Beamtenschaft ist ein Teil des deutschen Volkes und hat die gleichen Pflichten und Rechte wie das deutsche Volk.

5. Die Befehle der Amtswalterstellen im Reichsbund der Deutschen Beamten mit Mitgliedern des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen und umgekehrt erfolgt im beiderseitigen Einvernehmen.

6. Organisationsfragen, die sich bei der Durchführung dieser Regelung ergeben, sind durch gemeinsame Anordnungen des Führers des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen und des Reichsbundes der Deutschen Beamten zu klären.

Kriegsunterstützungen in Südslawien

Belgrad, 13. Februar. In Sarajewo fanden Parteitagungen gegen Unterjochung statt, in die 160 Beamte und Politiker verurteilt sind und bei denen der Staat um mehrere Millionen Dinar geschädigt worden sein soll. Die Demonstranten zogen durch die Straßen unter dem Slogan „Zwangsbauarbeit für die Halsabschneider! Nieder mit den Kapitalisthülflingen!“ Vor der Gebärdetafel für den Serben Danilo Princip, den Mörder des österreichischen Thronfolgers, löste sich der Zug auf unter dem Ruf: „Es lebe der König! Es lebe Südslawien!“

Mittwoch früh:



frische Schellfische
Bücklinge,
Sprotten,
Fischilet weißf.,
Rollheringe,
H. Mohr.

Tonfilm-Theater Spangenberg

Mittwoch, d. 14. u. Donnerstag, d. 15. Febr.



Ein Spiegelbild der größten Deutschen Volksbewegung. Eine wahre Begebenheit. Diesen Film muß jeder sehen, dem das Schicksal seines Volkes am Herzen liegt. Bei den ersten Aufführungen in Spangenberg mußte der Saal wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden.

Um allen, denen es noch nicht vergönnt war, dieses große nationale Filmwerk kennenzulernen, hierzu Gelegenheit zu geben, finden nochmals 3 Vorstellungen statt. Der auswärtigen Einwohnerschaft wird der Besuch dadurch ermöglicht, daß Autos für die Hin- und Rückfahrt zur Verfügung stehen.

Anmeldungen sind erwünscht. (Fernsprecher 62). Alle Einwohner von Spangenberg und Umgegend, alle Vereine, Verbände und Organisationen werden zu den Veranstaltungen eingeladen. Die Preise sind ermäßigt.

Vorstellungen:
Mittwoch: abends 8 15 Uhr.
Donnerstag: nachmittags 2 Uhr (für Familien und Schulen) abends 8 15 Uhr.
Diese letzte Gelegenheit sollte niemand versäumen.

Mittwoch früh:

fr. Kabliau,
fr. Goldbarsch,
bratfertigtes Fischilet
grüne Heringe,
la, Bücklinge,
Lachsheringe,
ger. Schellfisch,

Karl Bender

Verteilung der Jagdpachtgelder für 1931/32

Die Grundeigentümer werden an die Abholung der Jagdpachtgelder für 1931 und 1932 erinnert, welche die bis zum 28. ds. Mts. nicht in Empfang genommen sind, verfallen.

Spangenberg, den 13. Februar 1934
Stadt- u. Land Spangenberg.

Benders Kaffee

zeichnen sich aus durch:
Reiz frische Röstung
höchste Ergiebigkeit
hervorragenden Geschmack
Zu haben in den Preislagen für je 1/2 Pf.
55; 65; 75 Pfg.

Inferieren bringt Gewinn

Chorverein
„Liebertränchen“
Donnerstag, den 15.
Februar, abends 1/9 Uhr
Jahres-
Hauptversammlung.
Tagesordnung wird in der
Versammlung bekanntgegeben.
Alle aktiven und passiven Mit-
glieder werden hierdurch ein-
geladen.
Der Vorstand.



Die
Buchdruckerei
H. MUNZER
Spangenberg
empfiehlt sich
zur Herstellung
sämtlicher
Drucksachen.

